

TOP 3.7.3 EP friert erneut Haushalt für ExpertInnengruppen ein

1. Beschreibung der Problematik

Die Kritik an ExpertInnengruppen, die die Europäische Kommission „beraten“, zählt bereits seit Jahren zu einem der konstanten Arbeitsschwerpunkte von AK und ÖGB. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Lobbytransparenz-Netzwerken wie ALTER-EU und Corporate Europe Observatory wurde mithilfe von Studien, Veranstaltungen, offenen Briefen an Kommission und Parlament, aktiver Öffentlichkeitsarbeit und Online-Kampagnen seit dem Jahr 2009 kontinuierlich auf eklatante Missstände zwischen Arbeitnehmenden und KonsumentInnen bei der Besetzung dieser Gruppen aufmerksam gemacht.

Teil dieses Maßnahmenbündels waren auch wiederholte Beschwerden an den Europäischen Bürgerbeauftragten (Ombudsman). Die am 1. Oktober 2013 zur neuen Europäischen Ombudsfrau bestellte Irin Emily O'Reilly legt seit ihrem Amtsantritt ein deutlich offensiveres und politischeres Amtsverständnis als ihr langjähriger Vorgänger an den Tag. So hat der Amtswechsel auch dazu geführt, dass bei der politischen Auseinandersetzung um den gesamten Themenkomplex „Lobbying in Brüssel“ und damit auch um die ExpertInnengruppen der Europäischen Kommission die Europäische Ombudsfrau zunehmend als strategische Verbündete betrachtet werden kann.

2. Stand der Verhandlungen

Bereits 2012 wurde das Europäische Parlament in der Sache ExpertInnengruppen der Europäischen Kommission aktiv. Die Abgeordneten fröhen damals das Budget für die Gruppen ein und erstellten bestimmte Kernforderungen, um die Unausgewogenheit der Gruppen zu durchbrechen und Transparenz herzustellen. Nach der Zusicherung der Kommission sich zu bessern, wurden die Geldmittel jedoch wieder freigegeben. Studien, an denen sich auch die AK beteiligt hat (vgl. gemeinsam mit ÖGB und ALTER EU. „A year of broken promises“, 2013), belegen indessen, dass es sich dabei um ein reines Lippenbekenntnis der Kommission gehandelt hat.

Aus diesem Grund hat auch die Ombudsfrau der Europäischen Union, Emily O'Reilly, das Thema aufgegriffen. In einer breit angelegten Konsultation befragte sie Organisationen und Einzelpersonen nach ihren Erfahrungen und Einschätzungen zu den ExpertInnengruppen der Kommission. Diese Initiative, die auch AK-seits unterstützt wurde (siehe unter 5. Aktivitäten), veranlasste nun das Europäische Parlament erneut mit **breiter Mehrheit** (EVP, S&D, ALDE, Grüne, Linke) das Budget für 2015 einzufrieren. Folgende Bedingungen wurden gegenüber der Kommission gestellt um die Einfrierung erneut aufzuheben.

- **Keine Dominanz der Industrie** in den ExpertInnengruppen,
- keine Mitglieder, die offiziell **in einer persönlichen Eigenschaft** beigezogen, jedoch vorwiegend für bestimmte WirtschaftsakteurInnen tätig sind,
- **offene Ausschreibung** für die Teilnahme an ExpertInnengruppen und
- volle **Transparenz** zur Mitgliedschaft und der gesamten Arbeit der ExpertInnengruppen.

3. Auswirkungen

Die Einfrierung des Budgets in Höhe von **4 Millionen Euro** muss noch in den Trilog-Verhandlungen mit Rat und Kommission im November bestätigt werden. Sollte dem so sein, würde es sich **voraussichtlich im 2. Quartal 2015** effektiv auswirken (bis dahin gilt das Budget der ExpertInnengruppen als gesichert).

Bis dahin hätte die Kommission mithin Zeit, das Parlament erneut von seinen guten Absichten zu überzeugen, um die Genehmigung der betreffenden Budgetlinien zu erhalten. Die Kommission wird sich diesmal jedoch mehr einfallen lassen müssen als bloße Lippenbekenntnisse abzugeben. Sie wird sich zudem an den Ergebnissen der Ombudsfrau zu orientieren haben. Insoweit ist der AK hier gemeinsam mit ihren Bündnispartnern **ein sehr positiver Etappensieg** gelungen.

4. Position/Forderung der AK

Die AK steht für eine gleichberechtigte, sozialpartnerschaftlich orientierte Beteiligung am politischen Prozess. Die einseitige strukturelle Bevorzugung von Wirtschaftsinteressen in der europäischen Politik ist daher fortwährend zu thematisieren und letztlich zu bekämpfen. Aus diesem Grund vertritt die AK im Hinblick auf ExpertInnengruppen der Kommission auch **die gleichen Kernforderungen wie das EP**.

Um dem Gleichgewicht Rechnung zu tragen, bewirbt sich die AK in geeigneten Fällen auch um **Mitgliedschaften in Beratungsgremien der EU-Organen**. Derzeit ist die AK ua in der **Stakeholdergruppe für die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde** in Paris, der **Financial Services User Group** oder dem **European Crowdfunding Stakeholder Forum** vertreten. Beantragt, jedoch abgelehnt wurde eine Mitgliedschaft in der **Tax good governance platform** im Jahre 2013.

5. Aktivitäten der AK

Die AK thematisiert seit Jahren das Ungleichgewicht zwischen Kapital- und ArbeitnehmerInneninteressen in Brüssel. Zu diesem Zweck wurden unterschiedliche Formate (**Studien, Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Pledge Campaigns** im Zuge der EP-Wahl) im Rahmen unserer Mitgliedschaft im **ALTER EU-Netzwerk** geschaffen, die diesen Missstand thematisieren und für saubere und transparente Interessenvertretung eintreten.

Mit einer AK/ÖGB-Veranstaltung an der Ständigen Vertretung Österreichs wurden zuletzt am 8. September 2014 diese Zusammenhänge einem breiten Brüsseler Publikum präsentiert (rund 200 BesucherInnen). An der Veranstaltung nahmen teil: **Patrick Itschert**, stellvertretender Generalsekretär des EGB; **Ska Keller**, EP-Abgeordnete und Spitzenkandidatin der europäischen Grünen für die EP-Wahl; **Pascoe Sabido**, Campaigner für CEO und ALTER-EU sowie **Rosita Agnew**, Koordinatorin der Europäischen Bürgerbeauftragten (Ombudsfrau) für Konsultationen.

Im Vorfeld der Abstimmungen im Budgetausschuss (29.9.) sowie im Plenum (22.10.) beteiligte sich die AK an entsprechenden **Briefings der Abgeordneten und Empfehlungen**, die erfreulicherweise in unserem Sinn ausgegangen sind.